

so wird die weitere Betreuung der Schwangeren an einen Gynäkologen delegiert. Abgesehen davon werden wenigstens zwei Untersuchungen vor der Geburt von einem Gynäkologen durchgeführt. Sämtliche Entbindungen erfolgen in der Klinik. Risikoschwangerschaften werden auf Spezialstationen betreut und in manchen Krankenhäusern in speziellen Kreißsälen entbunden.

1979 wurden auf 1000 gebärfähigen Frauen 63,6 Geburten und 69,1 Schwangerschaftsunterbrechungen gezählt. Von den Abtreibungen waren 10,8 Prozent Spontanaborte und 89,2 Prozent genehmigte artifizielle Aborte.

Über die Genehmigung des Abortes entscheidet eine Kommission, die sich aus einem Gynäkologen, einem Angehörigen des sozialen Dienstes und einem Juristen zusammensetzt. Bei Frauen über 40 Jahre wird eine Abtreibung immer genehmigt, desgleichen bei unverheirateten Frauen und bei Minderjährigen. Entschieden wird auf Antrag der Schwangeren. Verheiratete Frauen bekommen eine Abtreibung im allgemeinen dann genehmigt, wenn sie wenigstens 1 Kind haben.

Kindervorsorgeprogramme sind von der Geburt an bis zum Ende des dritten Lebensjahres eingerichtet. In dieser Zeit werden die Kinder mehrmals vom Pädiater untersucht. Frauen, die ihre Kinder nicht rechtzeitig zur Vorsorgeuntersuchung in der Poliklinik vorstellen, werden von der Distriktkinderschwester zu Hause aufgesucht. Familien mit Kindern wird der in den größeren Städten sehr knappe Wohnraum bevorzugt zugewiesen. – Die Kindersterblichkeit ist ständig rückläufig, jedoch auf dem Lande noch wesentlich höher als in der Stadt. Sprecher der Gesundheitsverwaltung erklären dies mit der geringeren Effizienz der Vorsorgeprogramme in den muslimisch besiedelten südlichen Landesstrichen. Diese „Ursachenanalyse“ ist jedoch allein

nicht ausreichend, weil auch in den nicht muslimischen Landesteilen die Kindersterblichkeit deutlich höher liegt. Vermutlich ist der Mangel an Fachpädiatern auf dem Lande sowie eine unbefriedigende Mitarbeit der Mütter bei der praktischen Verwirklichung der Vorsorgeprogramme die Ursache. In manchen Gegenden mögen auch der geringere Lebensstandard, Mängel in der öffentlichen Hygiene und die oft hohe Arbeitsbelastung der Mütter die Kindersterblichkeit mitbeeinflussen.

(Die Delegation von zehn Teilnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin [West] der Hans-Neuffer-Stiftung wurde von Prof. Dr. med. Wilhelm Heim, dem damaligen Präsidenten der Ärztekammer Berlin, geleitet. Die Teilnehmer der Studienreise [vom 24. Mai bis zum 6. Juni 1982] schulden den ärztlichen Kollegen in Bulgarien ebenso Dank wie den zahlreichen Repräsentanten von Universitäten, Krankenhäusern, Behörden und Ministerien für die freundliche Aufnahme und den stets kollegialen wie offenen Meinungsaustausch).

Anschrift des Verfassers:  
Dr. med. Klaus-Dieter Kossow  
Arzt für Allgemeinmedizin  
Tannenweg 9  
2807 Achim-Uesen

## VEREINIGTE STAATEN

### Zulassungserleichterung

Durch einige neue Vorschriften soll das schwerfällige Zulassungsverfahren für Medikamente bei der US-amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA beschleunigt werden. Am bedeutendsten ist die (noch geplante) Einräumung der Möglichkeit, eine Zulassung auch bereits ausschließlich aufgrund von ausländischen wissenschaftlichen Unterlagen zu erteilen. Voraussetzung dafür soll sein, daß die ausländischen Studien von anerkannten Wissenschaftlern stammen und ihre Ergebnisse auf die amerikanische Bevölkerung übertragbar sind. bt

### Reagan: „Dschungel der Sozialprogramme“

Eine Umschichtung der Finanzierung sozialpolitischer Hilfen hat Präsident Reagan in seiner jährlichen Botschaft über die Lage der Nation an den Kongreß angekündigt. Die Verantwortung für eine Reihe dieser Programme, die zur Zeit den Bundeshaushalt 47 Milliarden Dollar im Jahr kosten, soll in den nächsten Jahren stufenweise auf die einzelnen Staaten übergehen. Dafür übernimmt der Bundeshaushalt vom Finanzjahr 1984 an die volle Finanzierung von Medicaid, dem Hilfsprogramm für die Zahlung der Krankheitskosten für Einkommensschwache.

Im letzten Finanzjahr waren für Medicaid 32,6 Milliarden Dollar Ausgaben der einzelnen Staaten veranschlagt, von denen 18,3 Milliarden Dollar als Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt kamen. Diese Zuschüsse sollen im Finanzjahr 1983 auf 17 Milliarden Dollar gekürzt werden.

In der unter der Bezeichnung Medicare bekannten Krankheitsversicherung für die Älteren, die voll vom Bund bezuschußt wird, sollen ab 1983 Einsparungen unter anderem durch Begrenzung der Arzthonorare und der Zahlungen für die stationäre Behandlung angestrebt werden. Trotzdem ist im Bundeshaushalt eine Ausgabensteigerung für Medicare von knapp 50 auf 55,4 Milliarden Dollar veranschlagt.

Präsident Ronald Reagan machte aber deutlich, daß es ihm bei der Umschichtung der Finanzierung nicht etwa lediglich um Einsparungen geht. Weder der Präsident noch der Kongreß könnten den Dschungel der verschiedenen Sozialleistungen noch überblicken, erklärte er in seiner Botschaft an den Kongreß. Leerlauf, Mißwirtschaft und Korruption, so fügte er hinzu, seien praktisch in alle Zweige von Medicare und Medicaid eingedrungen. gb